

Strategien für Wachstum und Beschäftigung in Österreich

Christian Beer,
Jürgen Janger,
Alfred Stiglbauer

Die Oesterreichische Nationalbank veranstaltete am 3. März 2006 einen eintägigen Workshop zum Thema „Strategien für Wachstum und Beschäftigung in Österreich“. Der Workshop hatte zum Ziel, möglichst konkrete Maßnahmen zur Wachstums- und Beschäftigungsförderung in Österreich vorzuschlagen. Im Einleitungsteil sprachen Andreas Wörgötter (OECD) über wachstumsfördernde Reformen in Österreich und Jürgen Janger (OeNB) über die Nationalen Reformprogramme der Lissabon-Strategie. Karl Aiginger (WIFO) kommentierte beide Vorträge und referierte seine Ansichten zur Wachstumspolitik. Michael Böheim (WIFO) sieht Handlungsspielräume für eine wachstumsorientierte Wettbewerbspolitik vor allem im Bereich der Public Utilities, der Dienstleistungen und der Freien Berufe. Iain Paterson (IHS) zeigte, dass die Freien Berufe in Österreich sehr stark reguliert sind. Ludger Wößmann (ifo) und David Audretsch (Max-Planck-Institut für Ökonomik) verwiesen auf die Bedeutung des sekundären und tertiären Bildungssystems für Wachstum und Beschäftigung. Der Arbeitsmarktteil beinhaltete einen überblicksartigen Beitrag von Helmut Hofer (IHS), Ausführungen zur Erhöhung der Frauenbeschäftigung von Gudrun Biffel (WIFO) sowie einen Vortrag zur Beschäftigung Älterer von Alfred Stiglbauer (OeNB).

Wachstumsstrategien aus internationaler Sicht

Am Beginn des Workshops standen Beiträge, die die österreichische Wachstumspolitik aus internationaler Sicht beleuchteten. Den Beginn machte *Andreas Wörgötter (OECD)*, selbst einige Jahre lang mitverantwortlich für die OECD-Wirtschaftsberichte zu Österreich. Obwohl Österreich in mancherlei Hinsicht eine besondere Position in der Wirtschaftspolitik aufweise, würde dies nicht a priori kritisiert werden, da das Land insgesamt eine sehr gute ökonomische Performance aufweise. Er verwies auf die konkreten Empfehlungen in den Wirtschaftsberichten sowie in diversen themenspezifischen OECD-Publikationen.

Aufgrund seiner guten ökonomischen Indikatoren brauche Österreich keine radikalen wirtschaftspolitischen Reformen; dies gelte wohl auch in naher bis mittlerer Zukunft. Österreich könne jedoch besser sein, wenn es in einem Klima ständiger Reformbereitschaft nach Verbesserungen in Problembereichen suche. Österreich weise ein fast so hohes Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf

(in Kaufkraftparitäten) auf wie die USA; bei der Arbeitsproduktivität bestehe allerdings ein signifikanter Rückstand. Ebenso sei die Fiskalpolitik in Anbetracht der hohen Staatsschuld relativ unbefriedigend. Es sollten Unternehmensgründungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung erleichtert werden und das Kindergeld in eine Sachleistung umgewandelt werden (Betreuungsschecks). Wörgötter verwies weiters auch auf notwendige Verbesserungen im Schulsystem, bei Risikokapital, bei der Forschungsförderung und in der Wettbewerbspolitik. Und schließlich sprach sich Wörgötter für weitere Effizienzverbesserungen des öffentlichen Sektors und für eine Reform des Finanzausgleichs aus.

Jürgen Janger (OeNB) nutzte die im Zuge des reformierten Lissabon-Prozesses zu erstellenden Nationalen Reformprogramme zu einer Ideensammlung für die österreichische Wirtschaftspolitik. Die Programme ausgewählter Länder in ähnlicher Situation wie Österreich enthielten viele Anregungen für Form und Inhalt der Wirtschaftspolitik, insbesondere für eine aktivere Wettbewerbs-

politik, für eine qualitative und quantitative Verbesserung von Aus- und Weiterbildungssystemen, zur Beschäftigungsförderung, zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor sowie zur Förderung der Unternehmensgründungsdynamik. Die Form der Wirtschaftspolitik könne sich an den vorausschauenden, bereichsübergreifenden und an Zielen orientierten Programmen anderer Länder orientieren. Im zweiten Teil des Vortrags ging Janger der Frage nach, inwiefern die Nationalen Reformprogramme tatsächlich Zusatznutzen bringen oder ob sie auf der Ebene der Berichterstattung bleiben. Die Reformprogramme könnten demnach durchaus zu einer mittelfristigen Wachstumsstrategie werden, wenn der Bekanntheitsgrad beim Publikum stiege, Maßnahmen genauer beschrieben würden und eine offizielle Instanz den Umsetzungsfortschritt kommunizierte und bewertete (siehe Janger in diesem Heft).

Karl Aiginger (WIFO) thematisierte den Wachstumsrückstand Europas gegenüber den USA. Bei den Strategielinien der Wirtschaftspolitik sei ein Gleichgewicht zwischen Liberalisierung/Deregulierung (z. B. Binnenmarkt, Flexibilisierung), Stabilisierung (z. B. Preisstabilität, Defizitabbau) und Wachstumsbeschleunigung (z. B. Forschung, Aus- und Weiterbildung) anzustreben. Für die Senkung von Arbeitslosigkeit und Lohnnebenkosten sowie zum Schuldenabbau sei es notwendig, Österreich auf einen Wachstumspfad von rund 3% zu heben. Dies könne mit regionalen, nationalen und europäischen Beschäftigungsstrategien erreicht werden. Bei einem moderaten Wachstum, wie es gegenwärtig für Österreich prognostiziert werde, bliebe die Arbeitslosenquote etwa konstant.

Ansatzpunkte zu höherem Wachstum sah Aiginger in der Forschungs- und Standortpolitik sowie in einer wachstumsfreundlichen Geld- und Fiskalpolitik. Außerdem sollten eine faire Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt sowie eine Höherqualifikation auf allen Ebenen erfolgen. Darüber hinaus sei eine besondere Strategie für den Billiglohnssektor erforderlich. Im Rahmen des Weißbuchprojekts des WIFO würden detaillierte Empfehlungen zur Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Österreich erarbeitet.

Rolle der Produktmärkte

Der zweite Tagungsblock setzte sich mit der Regulierung des Produkt- und Dienstleistungsmarktes auseinander. *Michael Böheim (WIFO)* widmete sich der Frage „Wachstumssteigerungspotenzial in Österreich durch weitere Marktintegration und Wettbewerbsintensität?“ Ein Literaturüberblick arbeitete die theoretische Fundierung einer wachstumsorientierten Wettbewerbspolitik heraus. Zunehmender Wettbewerb wirke sich nur bis zu einer bestimmten Marktkonzentration positiv auf Innovation, Effizienz und Wachstum aus. Negative Effekte würden sich empirisch aber erst bei einer sehr hohen Wettbewerbsintensität zeigen.

In Österreich sieht Böheim die Energiemärkte als größte Herausforderung für die Wettbewerbspolitik. Auf den Energiemärkten gebe es sowohl strukturelle Probleme (z. B. Strompreisstruktur als Markteintrittsbarriere) als auch eine hohe Marktkonzentration. Ein weiterer Anstieg der Marktkonzentration könne die Vorteile aus der Liberalisierung des Strommarktes gefährden. Eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums durch mehr Wettbewerb sei

grundsätzlich möglich. Dafür müsse allerdings die Deregulierung und Liberalisierung der Energiemärkte durch eine aktivere Wettbewerbspolitik ergänzt werden und eine Lösung für die durch die Dreifachrolle der Bundesländer verursachten Probleme gefunden werden: Die Bundesländer seien gleichzeitig Eigentümer von Energieversorgungsunternehmen, gesetzgebenden Körperschaften, die die Rahmenbedingungen für die Liberalisierung beeinflussen, sowie Aufsichtsbehörde bei der Entbündelung. Eine kompromisslose rechtliche Entbündelung sei notwendig, um die Wettbewerbsintensität zu erhöhen, da für einen wettbewerbsfähigen liberalisierten Strommarkt der nicht diskriminierende Zugang zur Stromnetzinfrastruktur unerlässlich sei. Auch sieht Böheim jede Fusion von Energieversorgungsunternehmen mit dem Ziel, nationale „Champions“ zu schaffen, skeptisch.

Zusätzlich zu den Energiemärkten wies Böheim auf nach wie vor bestehende Unternehmensgründungsbarrieren hin und forderte das konsequente Abschaffen aller nationalen Regulierungen, die nicht der notwendigen Qualitätssicherung dienen. Bemühungen zu Veränderungen der Rahmenbedingungen für Wettbewerb sollten in eine wettbewerbspolitische Strategie integriert werden.

Harald Badinger (WU Wien) betonte die Bedeutung des Außenhandels für die Steigerung der Produktivität. Österreich sei zwar eine offene Volkswirtschaft, aber in einigen Branchen könnten noch Handelshemmnisse abgeschafft und die Exportbemühungen kleiner und mittlerer Unternehmen unterstützt werden. In der Sachgütererzeugung sei seit den Neunzigerjahren ein starker Anstieg des Wettbewerbs festzustel-

len und der Binnenmarkt funktioniere gut. Im Dienstleistungsbereich weise der Binnenmarkt hingegen Mängel auf. Hier erkenne man auch, dass De-jure-Liberalisierung nicht notwendigerweise zu De-facto-Liberalisierung führen muss. Dafür sei das Design der rechtlichen Vorschriften entscheidend und eine aktive Wettbewerbspolitik notwendig.

Iain Paterson (IHS) sprach über die Regulierung der Freien Berufe. Theoretische Begründung für die Regulierung der Freien Berufe sei asymmetrische Information zwischen Anbietern und Auftraggebern, wodurch der Auftraggeber die Qualität der Leistung nicht einschätzen könne. Dies könne entweder zu einem Rückgang der Qualität führen oder zu Überversorgung (beispielsweise höhere Qualität und damit höhere Preise als notwendig). Regulierung könne aber auch wohlfahrtsvermindernd wirken (z. B. politische Rente bei Selbstregulierung, geringerer Wettbewerb durch Werbeverbote).

Paterson präsentierte die Ergebnisse einer Studie, die anhand von Markteintrittsbarrieren (z. B. erforderliche Qualifikationen) und Marktverhalten (z. B. Regulierung der Preise und der Werbemöglichkeiten) das Ausmaß der Regulierung der Freien Berufe in den EU-Mitgliedstaaten vergleicht. Am Beispiel der Rechtsanwälte und Notare zeige sich, dass Österreich zu den Ländern mit hoher Regulierung gehöre. Hinsichtlich der ökonomischen Auswirkung der Regulierung der Freien Berufe zeigten sich in der Studie einige interessante Zusammenhänge. So sei die Anzahl der aktiven Rechtsanwälte und Notare in Ländern mit hoher Regulierung niedriger. Dies gelte auch für den Gesamtumsatz der Branche, hingegen sei der Umsatz pro Unter-

nehmen höher. Die Produktivität, also der Umsatz pro Beschäftigten, sei negativ mit der Höhe der Regulierung korreliert. Übermäßige Regulierung der Freien Berufe führe zu weniger Beschäftigung und geringerem Wohlstand.

Bildung und Wachstum: Erkenntnisse der empirischen Bildungsökonomie

Der dritte Tagungsblock hatte die Erkenntnisse der empirischen Bildungsökonomie über den Zusammenhang von Bildung und Wachstum zum Inhalt. *Ludger Wößmann (ifo München)* legte einleitend dar, dass nicht nur die Dauer, sondern auch die Qualität der Ausbildung das Wirtschaftswachstum beeinflusse. Die Qualität der Ausbildung könne nicht einfach durch eine Erhöhung der Ressourcen verbessert werden. Um eine höhere Qualität der Ausbildung in den Schulen zu erreichen, sei ein institutionelles Umfeld, das die Anreize der Beteiligten auf die Förderung der Leistung der Schüler richte, notwendig. Wößmann präsentierte empirische Untersuchungen, die die Daten von drei großen internationalen Schultests verwenden, um dieses institutionelle Umfeld näher zu beschreiben.

Insbesondere der Schulautonomie in Verbindung mit zentralen, externen Abschlussprüfungen komme eine wichtige Rolle in der Steigerung der Qualität der Ausbildung zu. Schulautonomie gebe den Schulen die Möglichkeit Unterrichtsmethoden einzusetzen, die die Qualität der Ausbildung erhöhen. Externe Abschlussprüfungen seien eine Möglichkeit sicherzustellen, dass die Lehrer und die Schulleitung nicht eigene Interessen verfolgen, sondern zum Vorteil der Schüler handeln. Schulautonomie

ohne zentrale Prüfungen führe aber sogar zu verschlechterten Schülerleistungen.

Eine weitere Qualitätssteigerung könnte durch öffentlich finanzierte, aber privat geleitete Schulen erzielt werden, da diese zusätzliche Wahlmöglichkeiten schaffen und dadurch Anreize zu Innovationen entstünden. Kurz erwähnte Wößmann die möglichen positiven Auswirkungen eines guten Vorschulsystems und erfolgsabhängiger Lehrergehälter sowie die möglichen negativen Auswirkungen früher Selektion in unterschiedliche Schultypen auf die Schülerleistungen.

Nach *Ferdinand Eder (Universität Salzburg)* habe das österreichische Schulwesen zwar einige Schritte in Richtung der *Best-Practice*-Beispiele, die Wößmann schilderte, unternommen, sei insgesamt aber noch weit davon entfernt.

David Audretsch (Max-Planck-Institut für Ökonomik) widmete sich der Frage „Braucht eine unternehmerische Ökonomie unternehmerische Universitäten?“ In der Wirtschaftspolitik seien in der Vergangenheit Geld- und Fiskalpolitik sowie Großunternehmen im Mittelpunkt gestanden. In den letzten Jahren habe hier aber ein Umdenken eingesetzt und Wissens-Spillovers von unternehmerisch eingestellten Universitäten seien in den Vordergrund getreten. Eine Erhöhung der Investitionen in Forschung und Entwicklung an den Universitäten allein reiche aber nicht aus, sondern dieses Wissen müsse auch zur Entwicklung marktfähiger Produkte führen. Als Beispiel zur Erhöhung der Spillovers der Universitätsforschung führte Audretsch den Bayh-Dole Act (1980) in den USA an. Er gab den Universitäten das Recht, ihre Forschungsergebnisse selbst zu ver-

werten, wodurch die Spillovers der Universitätsforschung erhöht worden seien und daher positive Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung entstanden wären. Aufgrund der hohen Bedeutung einer unternehmerisch eingestellten Gesellschaft für die Erhöhung des Wirtschaftswachstums sei das alte Universitätsmodell nicht mehr aufrecht zu erhalten; Universitäten müssten nunmehr unternehmerisch eingestellt sein. Die Universitäten sollten nicht nur wissenschaftliche Forschung betreiben, sondern auch eine wichtige Rolle bei der Wandlung zu einer unternehmerisch eingestellten Gesellschaft spielen.

Hans Pechar (Universität Klagenfurt) ging auf die Unterschiede zwischen US-amerikanischen und europäischen Hochschulen ein. Im Gegensatz zur Förderung der europäischen Universitäten durch Mäzene und den Staat mussten die Colleges in den USA ihre Nützlichkeit unter Beweis stellen. Dies könne aufgrund der zunehmenden Wissensbasierung der Ökonomie zu einem „Selektionsvorteil“ werden. Hinsichtlich der österreichischen Universitäten sei es fraglich, ob die Einführung von Globalbudgets und Leistungsverträgen zu transparenten Entscheidungen geführt habe. Pechar kritisierte die weiterhin bestehende Spaltung in Mittelbau (Assistenten) und Professoren, die einer kontinuierlichen Karriereentwicklung nicht förderlich sei. Ein europäischer Hochschul- und Forschungsraum könne durch Förderung von Mobilität und Kooperation die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

Ausschöpfung des Beschäftigungspotenzials

Der letzte Vortragsblock war strukturellen Problemen des österreichischen Arbeitsmarktes und dem

Lissabon-Ziel einer höheren Beschäftigungsquote gewidmet. *Helmut Hofer (IHS)* diskutierte in seinem Vortrag „Der österreichische Arbeitsmarkt: Erfolgsmodell oder erhöhter Reformbedarf?“ die österreichische Arbeitsmarktentwicklung und Herausforderungen vor dem Hintergrund der wirtschaftspolitischen Empfehlungen der OECD und der Europäischen Kommission. Im vergangenen Jahrzehnt dürfte die strukturelle Arbeitslosigkeit in Österreich – obwohl nach wie vor auf vergleichsweise niedrigem Niveau – angestiegen sein. Der zu beobachtende Beschäftigungszuwachs habe sich ausschließlich bei der Frauenbeschäftigung vollzogen; es habe sich dabei allerdings größtenteils um Teilzeitstellen gehandelt. Die Beschäftigung der Männer habe hingegen stagniert. Sowohl die OECD (Jobs Strategy) als auch die Europäische Kommission (Europäische Beschäftigungsstrategie, Lissabon-Prozess) hätten ähnliche Reformempfehlungen abgegeben, die auf die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes und Innovationskraft abzielen.

Hofer ging im Besonderen auf zwei Aspekte ein, nämlich auf die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer und auf konjunkturelle Schwankungen des Arbeitsangebots. Er zeigte, dass fast der gesamte Anstieg der Arbeitslosigkeit im letzten Jahrzehnt auf erhöhte Arbeitslosigkeit von wenig Qualifizierten (Pflichtschulabgänger) zurückzuführen sei. Hier bestehe eine besondere Herausforderung für die Wirtschaftspolitik. Die hohe Reagibilität des Arbeitsangebots, die in der Vergangenheit geholfen habe, dass konjunkturelle Schwankungen in geringem Ausmaß Veränderungen der Arbeitslosigkeit bewirken, habe sich in den letzten Jahren abgeschwächt. Zu den Grün-

den gehörten wohl, dass der zyklische Charakter der Arbeitsmigration abgenommen habe und dass Frauen heutzutage besser im Arbeitsmarkt integriert seien. Auch die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik dürfte zu diesem Trend beigetragen haben. Folgende Politikbereiche sieht Hofer in den nächsten Jahren als vordringlich an: Konzentration auf den Schulbereich und insbesondere auf die Menschen mit geringer Qualifikation, da diese auch in Zukunft mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen haben würden. Für diese Problemgruppen seien auch Senkungen der Lohnnebenkosten sinnvoll. Weiters solle gerade in alternden Gesellschaften berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen gefördert werden. Auch für Frauen müssten stärkere Beschäftigungsanreize gefördert werden. Bei der Arbeitslosenversicherung solle einer Überinanspruchnahme durch Saisonbranchen entgegengewirkt werden. Hofer sprach sich auch für flexiblere Löhne auf der betrieblichen Ebene und flexiblere Arbeitszeitmodelle aus.

Gudrun Biffl (WIFO) hielt einen Vortrag mit dem Titel „Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenbeschäftigung in Österreich“, also zu einer expliziten Zielsetzung der Lissabon-Agenda, in der EU eine Frauenbeschäftigungsquote von 60% zu erreichen. Während die Arbeitsmarktpartizipation von Männern im Haupterwerbsalter im internationalen Vergleich relativ wenig variere, gebe es große Unterschiede bei den Frauenerwerbsquoten. Diese seien von der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit abhängig. Länder mit einer hohen Frauenerwerbsbeteiligung hätten die Haushaltsproduktion zu einem großen Teil in Richtung Er-

werbsarbeit verlagert. Bei der Frauenerwerbsbeteiligung liege Österreich im europäischen Vergleich im oberen Mittelfeld; es gebe hier aber vergleichsweise geringe Zuwächse. Ein Grund dafür sei der relativ kleine Dienstleistungssektor in Österreich. Biffl verwies darauf, dass sich die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen kaum verringert hätten und dass es nach wie vor eine starke berufliche sektorale Segmentierung der Frauenbeschäftigung gebe. Auch im Bildungssystem seien alte Rollenmuster noch stark verankert.

Österreichische Frauen blieben nach der Geburt von Kindern vergleichsweise lange dem Arbeitsmarkt fern. Die Betreuung der Kinder erfolge überproportional häufig im Haushalt anstatt in Betreuungseinrichtungen. Die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes dürfte diese Tendenzen noch verstärkt haben. Biffl unterbreitete eine Reihe konkreter Vorschläge zur Förderung der Frauenerwerbsarbeit. Zu diesen gehören ein Übergehen von Transferleistungen auf Sachleistungen in der Kinder- und Altenbetreuung, die Einrichtung von Informationsplattformen und Vereinen zur Kinderbetreuung (v. a. in ländlichen Gegenden) und eine Angleichung der Arbeitszeiten von Männern und Frauen.

Alfred Stiglbauer (OeNB) widmete sich in seinem Vortrag „Bleibt Österreich das Land der Frühpensionisten?“ der im internationalen Vergleich äußerst niedrigen Altenbeschäftigung in Österreich. Mit einer Beschäftigungsquote von knapp 29% der Arbeitnehmer im Alter zwischen 55 und 64 Jahren wies Österreich 2004 den niedrigsten Wert aller EU-15-Länder auf. Stiglbauer verwahrte sich dagegen, den Prozess der Bevölkerungs-

alterung ausschließlich als krisenhaftes Szenario zu interpretieren: Die Bevölkerungsalterung sei das Ergebnis des demographischen Übergangs, der mit sinkenden Geburtenzahlen, sinkender Kindersterblichkeit und höherer Lebenserwartung einhergeht. Die weltweit jüngsten Gesellschaften (gemessen am Durchschnittsalter) seien gleichzeitig auch die ärmsten. Aus demographischen Gründen sei es – insbesondere aus der Sicht des Pensionsversicherungssystems – notwendig, die Beschäftigungsquote zu erhöhen bzw. generell die Länge des Erwerbslebens im Vergleich zur Ruhestandsphase wieder zu verlängern. In den vergangenen Jahrzehnten habe sich in Österreich sowohl das Pensionseintrittsalter verringert als auch das Eintrittsalter in das Erwerbsleben erhöht. Die jüngst veröffentlichten Budgetprojektionen des wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU hätten gezeigt, dass bei Erreichung der angestrebten Altenbeschäftigungsquoten die Ausgaben für die öffentlichen Pensionen, gemessen als Anteil am BIP, nicht steigen müssten.

In der Vergangenheit sei vielfach der frühzeitige Austritt aus dem Erwerbsleben durch eine Reihe von Möglichkeiten zu „Frühpensionen“ gefördert worden. Dass im Zuge der Pensionsreformen der Jahre 2000, 2003 und 2004 die meisten dieser Möglichkeiten abgeschafft worden seien, sei positiv zu bewerten. Wegen der vielen Übergangsbestimmungen sei jedoch damit zu rechnen, dass sich in den nächsten Jahren die Altenbeschäftigungsquote kaum erhöhen werde. Das Phänomen der Frühpensionen solle nicht nur als Arbeitsangebotsproblem betrachtet werden. Die Beschäftigbarkeit älterer Arbeitnehmer müsse ebenfalls sichergestellt

werden. In diesem Zusammenhang komme der beruflichen Weiterbildung eine wichtige Rolle zu. Auch sollten die steilen Alterseinkommensprofile, die es in manchen Sektoren gibt, überdacht werden. Jedenfalls solle die Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer in den nächsten Jahren genau beobachtet werden.

Podiumsdiskussion: Strategien für Wachstum und Beschäftigung

Den Abschluss des Workshops bildete eine Podiumsdiskussion. *Silvia Angelo (AK Wien)* sprach sich für Investitionen in Infrastruktur und Ausbildung, eine Steuerreform, die die mittleren und vor allem die unteren Einkommen entlastet und die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen aus. Auf europäischer Ebene sei die auf Einsparungsmöglichkeiten konzentrierte fiskalpolitische Diskussion einer schnellen Konjunkturerholung abträglich.

Peter Part (BMF) betonte die Bedeutung der Qualität der öffentlichen Finanzen. Der diesbezügliche Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses erhebe drei Forderungen: eine Fokussierung der Budgets auf Ausgaben, die zu einer Erhöhung der Gesamtfaktorproduktivität führen (z. B. Ausbildung und Infrastruktur), die möglichst effiziente und effektive Verwendung der dergestalt umgeschichteten Ressourcen und eine Einbettung dieser Anstrengungen in eine kohärente Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Länder mit mittelfristiger Budgetplanung und zielorientierter Budgetierung hätten in den letzten Jahren erfolgreich Wachstum und Beschäftigung fördern können. Das neue österreichische mittelfristige

Budgetrahmengesetz sei ein wichtiger Schritt, um den Beitrag der öffentlichen Finanzen zu einer Förderung von Wachstum und Beschäftigung zu erhöhen.

Verena Farré Capdevila (BMW) meinte, für die unzureichende Umsetzung der Nationalen Reformprogramme und die großen inhaltlichen Unterschiede zwischen den Programmen seien Wahlzyklen und andere politökonomische Aspekte von Reformen verantwortlich.

Ralf Kronberger (WKO) plädierte für eine Reform des Finanzausgleichs, eine weitere fiskalische Dezentralisierung sei aber nicht notwendig. Der Entwurf für die neue österreichische mittelfristige Budgetplanung komme ohne volkswirtschaftliche Begründung aus und determiniere nicht die Höhe des Ausgabenpfades, dieser könnte somit zu hoch angesetzt werden. Die empirische Beurteilung der Körperschaftsteuerreform müsse nicht nur Nachfrage-, sondern auch Angebotseffekte berücksichtigen. Schließlich müssten mehr empirische Handelsanalysen in vielen Sektoren durchgeführt werden, um mehr Kenntnis über Wachstumswirkungen des Handels zu erhalten.

Martin Zagler (WU Wien) argumentierte zugunsten einer breiten Innovationsförderungsagenda. Dazu zählen die Förderung von Wettbewerb, mehr Ressourcen für sehr spezialisierte universitäre Ausbildung, die Beseitigung verzerrender Effekte des Steuersystems, eine Veränderung der Gewerbeordnung, eine Reduktion von Unternehmungsgründungsbarrieren, eine Reform der Konkursgesetzgebung, die Gründung von Businesszentren in Universitäten, die für Ideenverwertung sorgen sollen, eine stabile Zinspolitik sowie langfristige Dienstverträge für junge Arbeitnehmer. Die hohen Renditen einer universitären Ausbildung könnten verstärkt für ihre Finanzierung herangezogen werden.

Karl Pichelmann (Europäische Kommission) plädierte angesichts der starken Aufschwungssignale für eine beschleunigte Umsetzung der Lissabon-Agenda, nicht nur zur Steigerung von Beschäftigung und Produktivität, sondern auch zur proaktiven Bewältigung der Globalisierungsherausforderungen.

Diese Beiträge werden im Herbst 2006 in der Reihe „Workshop-Bände“ der OeNB veröffentlicht.